

Abstimmungsergebnis als Kombination von Misstrauen gegenüber Neuenhof, Steuersituation und Politik

Wichtigstes in Kürze



Nachanalyse zur Abstimmung vom 13. Juni 2010

Studie im Auftrag der Stadt Baden, August 2010

Projektteam

Urs Bieri, Senior-Projektleiter

Matthias Bucher, Projektleiter

Stephan Tschöpe, Projektassistent

Silvia Ratelband-Pally Administratorin

gfs.bern
Hirschengraben 5
Postfach 6323
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax + 41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch

Bern, den 27. August 2010
Copyright by gfs.bern

Wichtigstes in Kürze

Das Mandat

Die Stadt Baden beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern, eine Nachanalyse zur von den Stimmberechtigten am 13. Juni 2010 knapp abgelehnten Fusion der Gemeinden Baden und Neuenhof durchzuführen. Das Forschungsinstitut gfs.bern hat dazu die Badener Stimmberechtigten nach ihrer Stimmabgabe, deren Motivation und Begründung, sowie nach dem möglichem weiteren Vorgehen befragt.

Die Ergebnisse

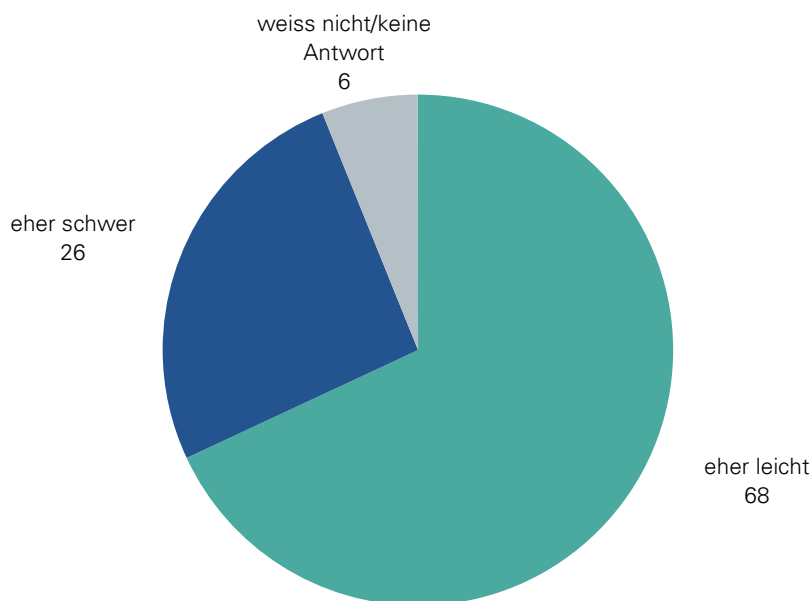
Die Stimmberechtigten der Stadt Baden, zeigen auf verschiedenen Ebenen eine weitgehende Vertrautheit mit Thematik und Vorlage. So zeigt sich diese Vertrautheit in Bezug auf die Informiertheit.

Grafik 1:

Filter: Beurteilung erhaltene Information zur Abstimmung

"Ist es bei der Abstimmung zum geplanten Zusammenschluss von Baden und Neuenhof eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zum Abstimmungsthema zu machen?"

in % Stimmberechtigter in der Stadt Baden, welche an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Zusammenschluss Baden/Neuhof, Juli 2010 (n = 501)

Zweidrittels-Mehrheiten fühlten sich in Bezug auf die Vorlage informiert, eine gleich grosse Gruppe erachtete die Entscheidungsfindung als einfach. Bezeichnenderweise unterscheiden sich beide Einschätzungen nur marginal zwischen der Art der Stimmabgabe. So ist es explizit nicht so, dass der ablehnende Stimm-entscheid aufgrund weitgehender Entscheidungsschwierigkeit oder fehlender In-formiertheit zustande kam.

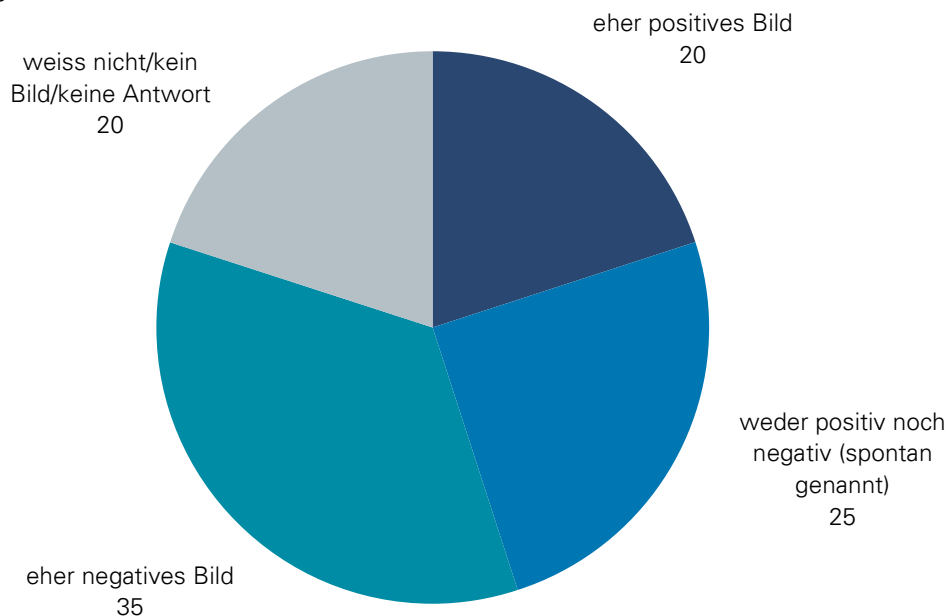
Differenzierter äussern sich die Badener Stimmberechtigten in Bezug auf den Eindruck gegenüber Neuenhof.

Grafik 2:

Eindruck Neuenhof

"Haben Sie von Neuenhof eher ein positives Bild oder eher ein negatives Bild?"

in % Stimmberechtigter in der Stadt Baden



© gfs.bern, Nachanalyse Zusammenschluss Baden/Neuenhof, Juli 2010 (N = 1001)

Dieser ist nicht unwesentlichen Anteil (35%) durch ein negatives Bild geprägt, welches sich mehrheitlich durch einen negativen Eindruck gegenüber einer Ausländerproblematik in Neuenhof zusammensetzt. Der Anteil mit negativem Bild ist damit sichtbar grösser als der Anteil mit einem positiven Bild (29%).

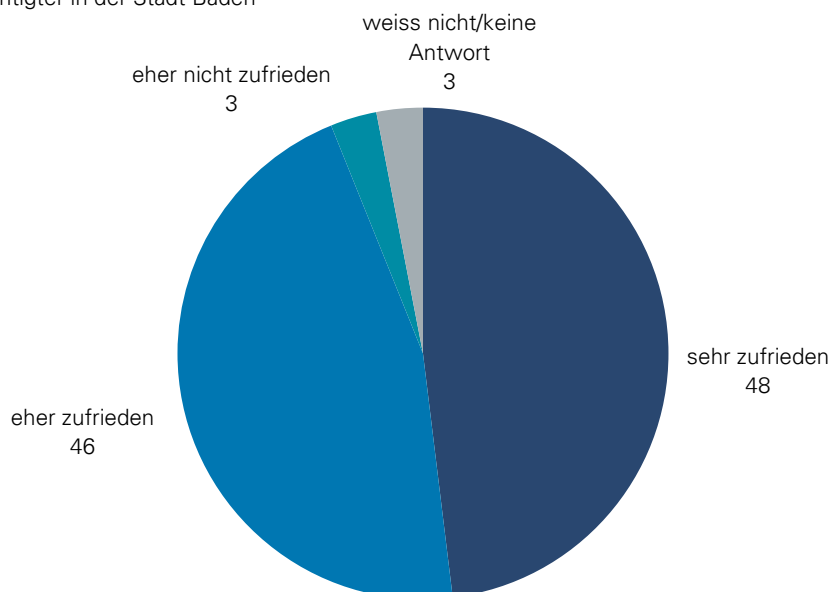
Schliesslich zeigt sich Einigkeit in Bezug auf den Problemdruck rund um die Gemeinde:

Grafik 3:

Zufriedenheit mit Wohngemeinde Baden

"Sprechen wir nun über ihre Wohngemeinde: Ganz generell, wie zufrieden sind Sie mit der Gemeinde Baden als Wohngemeinde? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?"

in % Stimmberechtigter in der Stadt Baden



© gfs.bern, Nachanalyse Zusammenschluss Baden/Neuenhof, Juli 2010 (N = 1001)

Grosse Mehrheiten sind mit Baden als Wohngemeinde zufrieden. Sie sind dies explizit aufgrund der Infrastruktur, der Gemeindedienstleistungen, aber auch in Bezug auf Lage und Grösse der Stadt – also faktisch diejenigen Elemente, welche durch eine Gemeindereform eine Neudefinition zu vergegenwärtigen haben.

Kurz: Die Stimmberechtigten aus Baden waren mit Vorlage und Thematik vertraut, allerdings auf der Ebene "Image Neuenhof" und "Problemdruck" nicht im Sinne des Reformvorhabens.

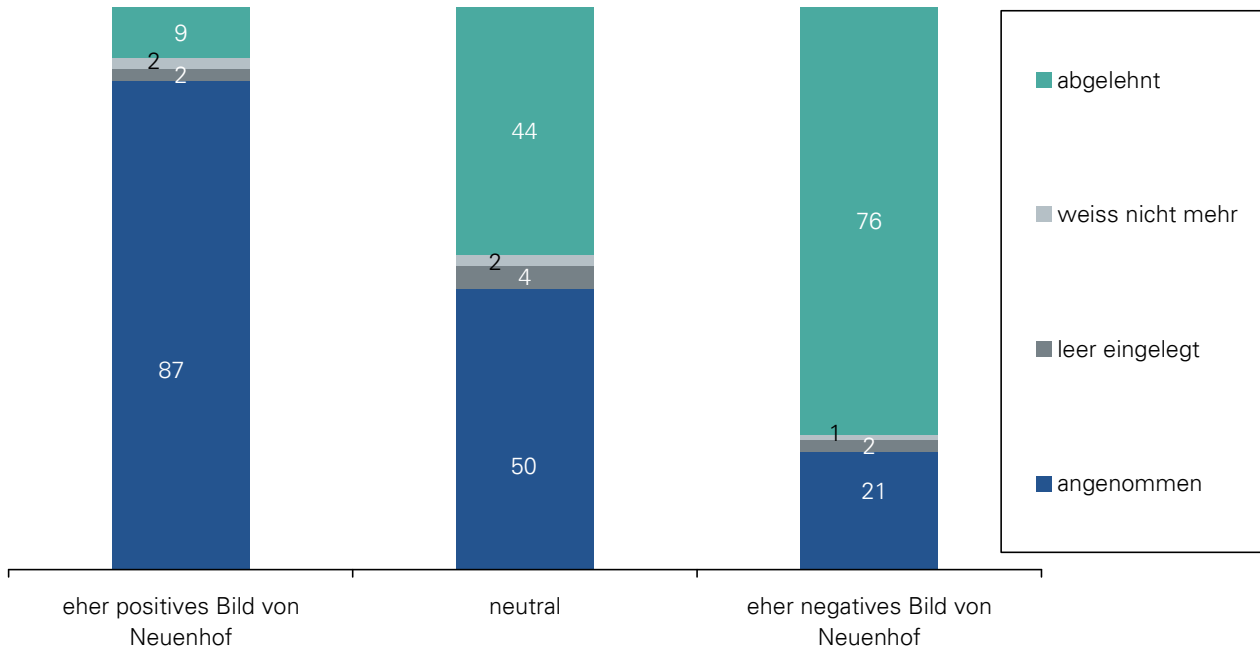
Auf der Ebene entscheidungswirksamer Merkmalsgruppen scheiterte die Vorlage, weil eine Kombination aus Unbehagen gegenüber Neuenhof, Befolgen der SVP-Parteiparole und Misstrauen gegenüber Badener PolitikerInnen eine ablehnende Mehrheit entstehen liess.

Grafik 4:

Filter: Abstimmungsentscheid nach Bild von Neuenhof

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihre Stellungnahme zum Zusammenschluss von Baden und Neuenhof?"

in % Stimmberechtigter in der Stadt Baden, welche an der Abstimmung teilgenommen haben



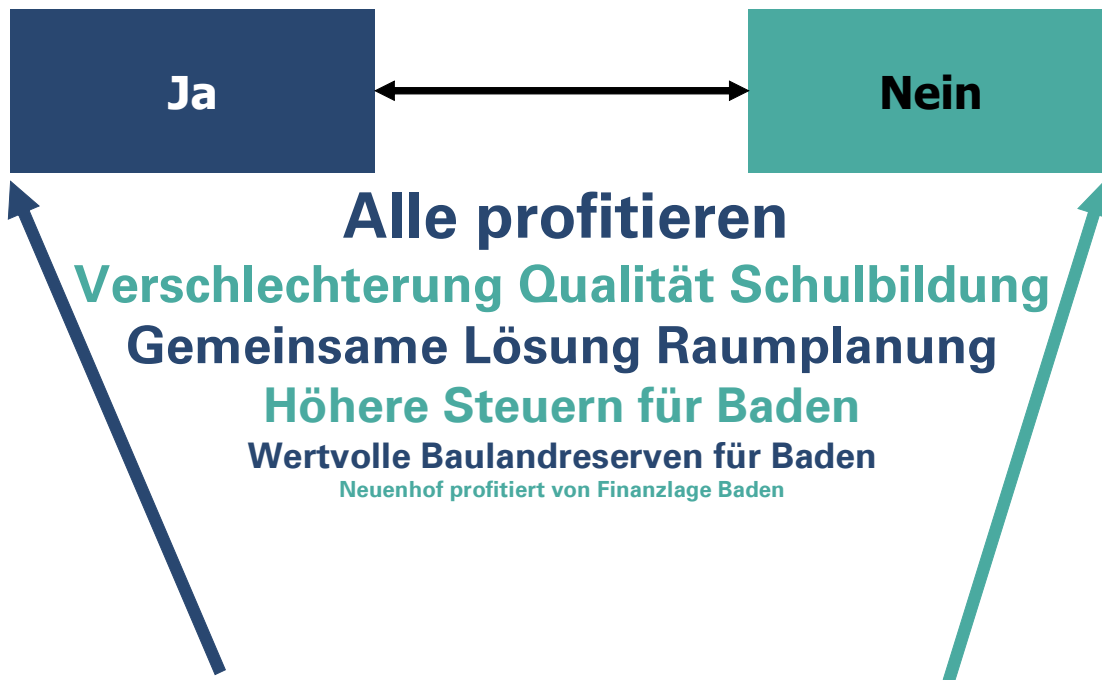
© gfs.bern, Nachanalyse Zusammenschluss Baden/Neuhof, Juli 2010 (n = 501), sig.

Die Elemente waren dabei in exakt dieser genannten Reihenfolge entscheidend relevant.

Einer derartigen Kombination zwischen Unbehagen gegenüber Neuenhof und Missmut gegenüber der Politik in Baden konnte auch die mehrheitliche Parolentreue aller Parteien mit Regierungsverantwortung nicht genügend entgegenwirken. Damit traf bei der Abstimmung vom 13.6.2010 ein durchaus seltener Fall ein: Die Vorlage scheiterte, obwohl aufgrund der Parolenfassung im Parlament und der Gewichte der einzelnen befürwortenden Parteien in der Regierung, die politische Basis für eine Zustimmung durchaus gegeben war.

Auf der argumentativen Ebene verfügten sowohl Befürworter-, wie auch Gegnerschaft über mehrheitlich geteilt und entscheidungswirksame Argumente.

Regressionsanalyse Stimmabgabe „Zusammenschluss Baden/Neuenhof“



© gfs.bern, Nachanalyse Zusammenschluss Baden/Neuenhof, Juli 2010 (n = 501), R2Nagelkerke = .826

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In unserem Beispiel beschreiben wir die Grösse des Einflusses der der Argumente auf die Stimmabgabe. In der Grafik erscheinen die erklärenden Elemente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Element dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Ja- resp. Nein-Stimmabgabe. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder eher zu einer Nein-Stimmabgabe (grün) geführt hat.

Am wichtigsten war dabei eine Chancensicht, welche sich rund um neue Baulandreserven und neue Lösungsansätze in der Raumplanung konstituierte. Auf der anderen Seite wirkten die mehrheitliche Angst vor einseitigen finanziellen Vorteilen für Neuenhof, resp. die Angst vor Steuererhöhungen.

Damit sprach der geplante Zusammenschluss zwar durchaus in der Bevölkerung vorhandene Chancenerwartungen an, weckte aber auch sichtbar Kritik. Die daraus resultierende Ablehnung an der Urne macht offensichtlich, dass die Kritik schlussendlich knapp stärker gewichtet wurde, als die Vorteile. Insbesondere gelang es der Kommunikation der Befürworter offensichtlich nicht, die Bedenken gegenüber einer nötigen Steuererhöhung genügend zu entkräften.

Die Badener Stimmberechtigten verstehen die gescheiterte Vorlage grundsätzlich nicht als Stoppsignal für jegliche weitere Diskussion um Gemeindefusionen. Immerhin knapp 60% können sich grundsätzlich mit einer neuen Diskussion einverstanden erklären, wenn dies auch sichtbar stärker für das Lager der kürzlich Zustimmenden und explizit nicht für das Lager der kürzlich Ablehnenden gilt. Gerade letzteres mag dabei durchaus als Zeichen dafür dienen, dass sich auch bei einer Neuauflage die alten Pole dafür und dagegen abzeichnen werden.

Eine allfällige Neuauflage wird dabei aus Sicht der Badener Stimmberechtigten durchaus an Bedingungen geknüpft.

Grafik 6:

Vorschläge Vorgehensverbesserung

"In den Medien konnte man nach dem abgelehnten Zusammenschluss von Baden und Neuenhof verschiedene Ansichten lesen und hören, was bei der gescheiterten Vorlage hätte anders gemacht werden können. Ich lese Ihnen in der Folge nun einige davon vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit einem solchen Vorschlag für eine zukünftige Abstimmung zu einem Zusammenschluss einverstanden sind oder nicht."

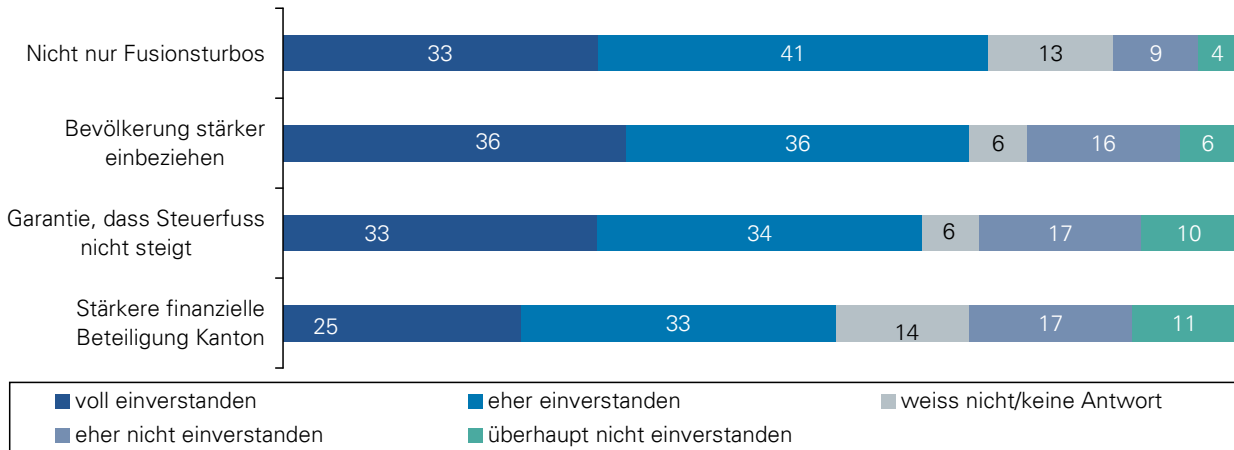
Nicht nur Fusionsturbos "Die Gespräche zum Zusammenschluss dürfen nicht Fusionsturbos überlassen werden."

Bevölkerung stärker einbeziehen "Bei den Gesprächen zum Zusammenschluss soll die Bevölkerung von Beginn weg viel stärker einbezogen werden."

Garantie, dass Steuerfuss nicht steigt "Die Behörden müssen eine Garantie abgeben, dass der Steuerfuss trotz Zusammenschluss nicht steigt."

Stärkere finanzielle Beteiligung Kanton "Der Kanton muss sich am Zusammenschluss finanziell stärker beteiligen."

in % Stimmberechtigter in der Stadt Baden



© gfs.bern, Nachanalyse Zusammenschluss Baden/Neuhof, Juli 2010 (N = 1001)

Faktisch lassen sich diese auf drei einfache Nenner bringen: Eine neue Diskussion soll langsamer vonstatten gehen, partizipativer ausgestaltet sein und insbesondere klare Garantien für einen unveränderten Steuersatz in Baden beinhalten. Gerade die letzten beiden Elemente erscheinen im Lager der Gegnerschaft überdurchschnittliche Zustimmung zu geniessen.

Schlussendlich zeigen sich auch mögliche Alternativen in Bezug auf andere Kooperationspartner. Insbesondere Zusammenschlüsse mit Ennetbaden und leicht weniger stark mit Wettingen finden durchaus Zustimmung. Bezeichnenderweise keine klarmehrheitliche Option findet sich, wenn man zum Zusammenschluss mit Neuenhof auch Ennetbaden hinzunimmt. Die Mehrheit ist unter der Gesamt-Stimmberechtigten mit 50% knappmehrheitlich und gerade unter der kürzlichen Gegnerschaft einer verbleibend mehrheitlichen Kritik ausgesetzt.

Die Datenbasis

Die Ergebnisse der Befragung "Nachanalyse Abstimmung Fusion Baden und Neuenhof" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1001 Badener Stimmberechtigten durch gfs.bern. Die Befragung dabei zwischen dem 12. und 30. Juli 2010 telefonisch durchgeführt. Um Aussagen sowohl zu den Abstimmungsteilnehmenden, wie auch zu den themeninteressierten Nicht-Teilnehmenden zu erhalten, wurden 500 Abstimmungsteilnehmende und 500 Nicht-Teilnehmende befragt. Der resultierende Datensatz wurde nach den realen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe zurückgewichtet.

Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 1:

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N= 1000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N= 500	± 4.5 Prozentpunkte	± 3.6 Prozentpunkte
N= 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N= 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte.

© gfs.bern, Zusammenschluss Baden/Neuenhof

Um Fehlinterpretationen zu minimieren, nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter n= 50 Fällen vor.

Bei der Datenanalyse haben wir unter anderem die Regressionsanalyse (logistisch) verwendet. Die Regressionsanalyse klärt den Einfluss eines Variablensets auf eine weitere Variable. Das ist beispielsweise der Fall, wenn man den Einfluss von Argumenten auf die Einstellung gegenüber einem Stimmentscheid klären will.

Anhang

Das gfs.bern-Team



URS BIERI

Senior-Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Risikotechnologien, kantonale/städtische Abstimmungen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Feldaufträge, Prospektivmethoden, Qualitativmethoden. Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf Internet



MATTHIAS BUCHER

Projektleiter, Sozialpsychologe

Schwerpunkte:

Einstellungsforschung, Gesellschaftsthemen, Abstimmungen, Wahlen, ad hoc-Studien, quantitative Methoden



STEPHAN TSCHÖPE

Datenanalytiker/Programmierer, Student der Politikwissenschaft an der Universität Bern

Schwerpunkte:

Komplexe Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteienbarometer, Visualisierung



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administration

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern
Hirschengraben 5
Postfach 6323
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax + 41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch